



Kai Gehring

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Jugend- und Hochschulpolitik

27. November 2007

Rede zum Haushalt 2008 des Bildungs- und Forschungsministerium

*von Kai Gehring MdB im Plenum des Deutschen Bundestages am 27.11.2007
Es gilt das gesprochene Wort!*

Herr Präsident/ Frau Präsidentin! Liebe KollegInnen!

- Immer mehr Bildungsverlierer im selektiven Schulsystem,
- viel zu viele Jugendliche ohne Ausbildungsperspektive,
- viel zu wenig Studierende,
- wachsender Akademiker- und Fachkräftemangel –

das ist die traurige bildungspolitische Realität, vor deren Hintergrund wir heute über den großkoalitionären Einzelplan 30 diskutieren.

Wenn Sie sich für Ihren Bildungshaushalt feiern, dann geben Sie sich angesichts der enormen Herausforderungen mit zu wenig zufrieden. Genau betrachtet sind Ihre Initiativen halbherzig und zögerlich. Die junge Generation in diesem Land hat mehr Investitionen in ihre Zukunft verdient! Das Motto des Haushalts muss lauten „Mehr Bildung wagen“ – und nicht „Mehr Selbstlob wagen“!

Beispiel **Hochschulpakt**: Er ist und bleibt unterfinanziert und zu unverbindlich! Damit verbauen sie Studienberechtigten den Weg auf den Uni-Campus anstatt breite Zugänge zu schaffen. Pro Studierenden und Jahr wollen Sie nur 5.500 € in die Hand nehmen. – Sie wissen genauso gut wie ich, dass das weder für ein Bachelor-Studium in den Ingenieur- und Naturwissenschaften reicht, noch für einen anschließenden Master-Abschluss!

Meine Faktion orientiert sich stattdessen an der Kostenschätzung des Wissenschaftsrats. Das bedeutet: Wenn Sie mehr als Billig-Studienplätze minderer Qualität schaffen wollen, dann brauchen Sie allein im kommenden Jahr für den Hochschulpakt 320 Mio € mehr. Das haben wir beantragt, solide gegenfinanziert – und das haben Sie zulasten der Studierenden abgelehnt. Angesichts des erwarteten Ansturms auf die Hochschulen sind die von Ihnen zur Verfügung gestellten Gelder allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ihr Hochschulpakt droht völlig zum Luftschloss zu werden, wenn immer höhere Zugangshürden den Weg in die Hochschule versperren: Es reicht nicht, mehr Studierende zu wollen, wenn gleichzeitig Studiengebühren fällig sind, Schuldenberge aus Studienkrediten drohen und das BAföG viel zu zögerlich an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst wird.



Kai Gehring

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Jugend- und Hochschulpolitik

Auch hier macht die Große Koalition nur kleine Schritte: Ja, Sie haben sich endlich zu einer spürbaren **BAföG**-Erhöhung durchgerungen. Aber den fast einjährigen schwarz-roten Konflikt darüber haben Sie auf dem Rücken der Studierenden ausgetragen: Wenn Sie sich nur halb so schnell auf eine BAföG-Anpassung geeinigt hätten, wie auf die Diäten-Erhöhung, dann hätten alle BAföG-Empfänger das zusätzliche Geld längst in der Tasche. Da Sie die BAföG-Sätze aber erst zum nächsten Herbst erhöhen – und damit ein Jahr zu spät –, müsste man der Fairness halber gleich noch 2% mehr drauflegen. Also: Kein Grund, die Hände in den Schoß und die Debatte über eine zukunftsfähige Studienfinanzierung ad acta zu legen.

Neben Hochschulpakt und BAföG ist die **Exzellenz-Initiative** ein drittes Beispiel für die Große Koalition der Halbherzigkeit: Exzellente Forschung zu fördern, ist richtig – herausragende Lehre zu ignorieren, ist falsch. Wir wollen die Lernbedingungen verbessern, das Ansehen der Lehre steigern und stärkere Anreize für innovative Hochschul-Didaktik setzen. Bereits vor über einem Jahr haben wir eine Qualitätsoffensive und einen Wettbewerb für herausragende Lehre gefordert. Auch Sie, liebe Koalitionäre, lassen keine Gelegenheit aus, die Bedeutung guter Lehre zu betonen. Doch wenn's um konkrete Maßnahmen geht, dann regiert der Hasenfuß: Unsere grünen Anträge haben Sie abgelehnt. Was schlagen Sie eigentlich vor?

Es gibt auch Posten im schwarz-roten Bildungshaushalt – da agieren Sie nicht bloß halbherzig, sondern liegen ganz falsch. Beispiel: **Freiwilliges Technisches Jahr**. Wir sagen ganz klar: Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels trägt ein staatlich alimentiertes Langzeitpraktikum nun wirklich nicht bei. Anstatt 4 Mio. € für weitere Warteschleifen zwischen Schule und Ausbildung zu verschwenden, und dafür das positive Markenzeichen Freiwilligen Jahres zu missbrauchen, sollten Sie sich endlich wirksam gegen prekäre und unfaire Praktika einsetzen!

Mit Ihrer „Nationalen Qualifizierungsoffensive“ wollen sie den Fachkräftemangel bekämpfen. Wenn Ihnen die Brücke über die Fachkräftelücke wirklich ein Anliegen ist, dann dürfen Sie aber auch vor den Fallstricken der **Studiengebühren** nicht die Augen verschließen: Denn bis zu einem Drittel der Studienberechtigten, die nicht studieren wollen, führen dies auch auf die Campus-Maut zurück! Das ist ein dramatisches Warnsignal!

Aber die Bundesregierung erklärt sich in Sachen Studiengebühren-Monitoring für nicht zuständig – Fachkräftemangel und 40%-Ziel bei der Studierendenquote hin oder her. Durch Wegsehen werden Studiengebühren aber nicht weniger abschreckend! Ich fordere Sie auf, die Auswirkungen von Studiengebühren systematisch zu evaluieren. Dafür haben Sie schließlich die Bundeskompetenz für Bildungsforschung!

Bundesfinanzminister Steinbrück hat hier vor zwei Wochen im Plenum im Rahmen der Ba-fög-Debatte gesagt, dass er es grotesk und unsinnig finde, dass Bildungsausgaben konsumtive statt investive Ausgaben sind. Wir erwarten daher vom Bundesfinanzminister, dass er im Rahmen der Föderalismusreform II konkrete Vorschläge einbringt, wie **Bildungsausgaben**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 74501 • 📠 (030) 227 – 76642

✉ Kai.Gehring@bundestag.de

Wahlkreisbüro: Limbecker Straße 48-50 • 45127 Essen • ☎ (0201) 269 8200 • 📠 (0201) 269 8249

✉ Kai.Gehring@wk.bundestag.de



Kai Gehring

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Jugend- und Hochschulpolitik

künftig als Zukunftsinvestition berücksichtigt werden können. Eine Debatte darüber ist notwendig. Die Bundesregierung muss aus ihren eigenen Ankündigungen Konsequenzen ziehen. Für künftige Bildungshaushalte wäre dies ein wichtiger Schritt.

Eine Bildungspolitik, die Teilhabegerechtigkeit und Entwicklungschancen wirklich in den Mittelpunkt stellt,

- verschließt nicht die Augen vor neuen Zugangshürden,
- sondern investiert entschlossener in Studienplätze, Studienfinanzierung und Studienbedingungen!